



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 9. Sitzung des Beirates Gesunde Städte (GS/009/2021)**

**am Montag, 1. März 2021,**

**16:30 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 16:30 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:15 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzende

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Kati Bischoffberger

Hans-Joachim Klaudius

Marcus Bartusch

Julia Hartl

Korvin Lemke

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Stefanie Gilbricht

Arne Rehse

Dr. Freya Trautmann

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Thomas Brockow

Beatrice Hendrich

Bernd Jursch

Prof. Dr. Joachim Kugler

**Abwesend:**

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg

Andreas Mogwitz

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Claudia Kasimir-Glaeser entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Stephan Koesling entschuldigt

**Verwaltung:**

Frau Schulze  
Herr Neumann

Amt für Gesundheit und Prävention  
Eigenbetrieb Sportstätten Dresden

**Gäste:**

Frau Dr. Sawatzki

Mitglied des Seniorenbeirates

**Schriftführer/-in:**

Frau Richter

SG Stadtratsangelegenheiten

## **T A G E S O R D N U N G**

### **öffentlich**

- 1** Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung
  
- 2** Fit im Park – Fazit und Ausblick der Jahre 2020 und 2021
  
- 3** Bericht aus dem WHO-Projekt „Gesunde Städte“
  
- 4** Informationen/Sonstiges

## öffentlich

### 1 Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** eröffnet und leitet die Sitzung des Beirates Gesunde Städte. Sie stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums vor.

Eingangs weist sie darauf hin, dass die Inzidenzen diese erste Sitzung des Gremiums in diesem Jahr wieder zuließen. Die aktuellen Entwicklungen und Projekte des WHO-Projektes erfordern dies auch.

Sie stellt Einvernehmen zur Tagesordnung fest.

### 2 Fit im Park – Fazit und Ausblick der Jahre 2020 und 2021

**Herr Neumann**, Eigenbetrieb Sportstätten Dresden, gibt anhand einer Präsentation einen Rückblick auf das vergangene Jahr, welches von der Corona-Pandemie geprägt gewesen sei. Das Gesundheitsamt sei bislang mit dem Projekt betraut gewesen, habe die Durchführung aber Ende April 2020 an den Eigenbetrieb Sportstätten abgegeben. Da beim Eigenbetrieb Sportstätten Veranstaltungen abgesagt worden seien, konnte das Projekt übernommen werden. Dass das Projekt stattfinden konnte, haben die Teilnehmenden positiv aufgenommen. Es sei auch unter den veränderten Bedingungen durchführbar gewesen. Von den geplanten neun Wochen konnten sieben umgesetzt werden, und von den geplanten 16 Kursen haben 11 Kurse stattfinden können. Die Resonanz sei sehr gut gewesen, wobei die Belegung der Kurse unterschiedlich gewesen sei, was teils an der Kurszeit gelegen habe. Da das Sportangebot zu dem Zeitpunkt schon sehr eingeschränkt gewesen sei, seien die Menschen „hungrig“ auf Bewegung gewesen.

Die Auswertung abschließend informiert Herr Neumann, dass die IKK classic  $\frac{3}{4}$  der Kosten des Projektes getragen habe und der Eigenbetrieb Sportstätten  $\frac{1}{4}$  (ohne Personalkosten).

**Frau Schulze**, Amt für Gesundheit und Prävention, gibt anhand der Präsentation einen Ausblick auf die Vorbereitungen der Durchführung des Projektes im Jahr 2021. Auch in diesem Jahr werde das Projekt wieder in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Sportstätten aufgrund der stetigen Forderung des Amtes für Gesundheit und Prävention zur Eindämmung der Corona-Pandemie realisiert.

Das Projekt werde finanziell von verschiedenen Sponsoren unterstützt. Dem gegenüber stehen Gesamtkosten des Projektes von 32.000 Euro (ohne städtische Personalkosten).

Mit dem Projekt sollen alle Altersgruppen angesprochen werden sowie auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen, denen im letzten Jahr aufgrund der Hygienevorschriften kein Angebot unterbreitet werden konnte. Dabei solle der Inklusionsgedanke umgesetzt werden, gemeinsam Sport zu treiben.

Neben den bekannten Trainingsorten werden auch neue aufgenommen. Frau Schulze geht besonders auf den Standort in Gorbitz ein, der ein Stadtteil mit besonderen Bedarfslagen sei.

Fit im Park solle in diesem Jahr vom 31. Mai bis zum 30. Juli stattfinden. Er sei noch nicht fix, da noch Abstimmungen erforderlich seien.

**Frau Schulze und Herrn Neumann** antworten auf die Fragen der Mitglieder:

Zu Herrn Lemke zu den Anforderungen an die Standorte der Sportangebote:

Die Flächen für die Sportangebote müssen gut öffentlich erreichbar sein, so **Frau Schulze**, und eine bestimmte Größe haben. In der Nähe müssen öffentliche Sanitäreinrichtungen zur Verfügung stehen. Die konkreten Anforderungen richten sich nach dem Sportangebot, welches angeboten werden solle.

Außerdem werde im Vorfeld geprüft, welche Sportangebote es bereits in dem Stadtteil gebe. Eine Ausnahme seien der Sportpark Ostra sowie das Sportgelände Bodenbacher Straße. Auf diesen städtischen Flächen solle auch das Angebot von „Sport im Park“ etabliert sein.

Die Neustadt mit dem Alaunpark sei beispielsweise nicht aufgenommen worden, weil dort bereits viele private Anbieter verortet seien. Man wolle denen keine Konkurrenz machen.

In die Vorbereitungen werden Rücksprachen mit dem jeweiligen Eigentümer der Fläche geführt. Bei der Stadt seien das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft sowie das Umweltamt. Durch die Beteiligung des Eigenbetriebes Sportstätten sei es hinsichtlich der Nutzung städtischer Sportflächen meist einfacher.

Wegen des Landschaftsschutzes sei die Nutzung der Elbwiesen nicht ganz so einfach, genauso wie städtische Parkanlagen. Die Parkanlagen des Freistaates, wie der Große Garten, stehen ebenfalls nicht zur Verfügung.

Zu Frau Stadträtin Bischoffberger, die diese Angebote ausdrücklich unterstützt, und fragt, wie Angebote in einzelne Stadtbezirke kommen:

Wegen der Nutzung des Stadtblickparks seien die Eisenbahner-Wohnungsgenossenschaft als Eigentümer sowie das Stadtbezirksamt Cotta involviert worden, berichtet **Frau Schulze**. Dort sei bereits das Projekt Walking People verortet, weshalb sich der Standort anbiete, den die Genossenschaft kostenfrei zur Verfügung stelle.

Wenn ein Stadtbezirksamt eine Fläche für das Projekt anbiete, müsse geklärt werden, wer Eigentümer sei. Für die Nutzung sollen möglichst keine Kosten anfallen.

Die Kosten für den Kurs selbst richten sich nach dem Kursanbieter (Honorar, Equipment).

**Herr Neumann** ergänzt, dass das Budget gedeckelt sei und man mit dem vorgestellten Stand bei der finanziellen Machbarkeit für dieses Jahr angelangt sei. Der Standort Gorbitz sei der erste Schritt für eine Öffnung, um das in den kommenden Jahren weiter auszuweiten. Er gibt zu bedenken, dass neben den geeigneten Flächen für das Angebot auch Helfer und Übungsleiter nötig seien.

Zu Herrn Prof. Kugler, der das Projekt ebenfalls unterstütze und die breitere Nutzung sozialer Medien, wie Facebook, Instagram und YouTube, vorschlägt:

**Herr Neumann** antwortet, dass aufgrund der Situation zwangsläufig auch auf die Information in den sozialen Medien gesetzt werde. So seien die Onlinemedien der Zeitungen genutzt worden. Die Klickzahlen seien sehr gut gewesen. Des Weiteren sei das Projekt auch über [www.dresden.de/fit-im-park](http://www.dresden.de/fit-im-park) publik gemacht worden. Dieser Verbreitungsweg werde auch dieses Jahr wieder genutzt, genauso wie Facebook.

Zu Herrn Klaudius, der die Integration des Hundesports vorschlägt:

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** verweist auf die Zielgruppe des Projektes. Das Angebot konzentriere sich auf Personen, die nicht sportfreudig seien und sich ohne diese Angebote nicht bewegen würden. Es sei präventiv und solle Personen, die sich wenig bewegen, animieren, Sport zu machen und ihre Fitness zu verbessern. Sie sollen für Sport begeistert werden, sodass sie sich möglicherweise Sportvereinen anschließen.

Hundehalter bewegen sich per se beim Gassi gehen, weshalb sich die Angebote nicht an Menschen mit Hund richten.

Das Tierheim in Stetzsch werde nicht involviert. Die Idee von Herrn Klaudius, Menschen zum Spazieren mit Tierheimhunden zu animieren, könnte gegebenenfalls im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) thematisiert werden. Nach ihren Informationen habe das Dresdner Tierheim sowie das Freitaler Tierheim genügend Interessenten, die mit den Hunden Gassi gehen.

Zu Frau Hendrich, die fragt, ob neben Sport auch Vorträge zu theoretischem Wissen um Sport und die richtige Ausübung im Rahmen des Projektes geplant seien und warum nur Trainer mit C-Lizenz zugelassen seien und nicht auch Physiotherapeuten:

**Frau Schulze** antwortet, dass sich „Fit im Park“ auf Bewegungsangebote konzentriere. Dieses sei breit angelegt. Vorträge zu Gesundheitsthemen finden im Rahmen der Gesundheitsförderung sowie von Präventionstagen und Gesundheitstagen angeboten.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** regt an, diesen guten Impuls für das Programm der Volkshochschule (VHS) aufzunehmen und in diesem Rahmen Wissensvermittlungskurse anzubieten.

**Frau Schulze** erklärt, dass der Fokus nicht auf Kursen liege, die aufeinander aufbauen. Selbstverständlich beachten die Übungsleiter, dass sie auf Grundlegendes, wie eine korrekte Bewegungsausführung, hinweisen. Auf Geräte werde wegen des Aufwandes verzichtet, zumal das Angebot kostenfrei sei.

Physiotherapeuten mit Übungsleiterlizenz würden auch zugelassen. Es gehe um trainingswissenschaftliche Aspekte, die ein Übungsleiter berücksichtigen müsse.

**Frau Dr. Sawatzki** betont, dass die Niedrigschwelligkeit des Angebotes das Wesentliche sei. Sie wisse, dass sich an der VHS eine sehr große Abteilung mit Prävention und Gesundheitsförderung befasse. Diese arbeite sowohl theoretisch als auch praktisch. Diese Kurse würden sehr gut angenommen. Darauf sollte hingewiesen werden.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** berichtet, das „Fit im Park“ sockelfinanziert jeweils 2021 und 2022 im Haushalt enthalten sei. Die Bestätigung stehe noch aus. Sie fragt, wenn sich Stadtbezirksbeiräte für ein Budget für ein Angebot in ihrem Stadtbezirk aussprechen würden, wann wäre die Frist, dass ausreichend Vorlauf bliebe, den Beschluss des Stadtbezirksbeirates einzuholen, die Liegenschaft zu finden und Trainerkapazitäten zu binden.

**Frau Schulze** berichtet, dass die Akquise der Kursleiter und die Suche nach geeigneten Flächen spätestens im Januar des Jahres beginnen. Zu dem Zeitpunkt müsse schon klar sein, wie viel Budget zur Verfügung stehe. Danach richte sich das Angebot. Wenn jeweils von Montag bis Donnerstag über einen Zeitraum von neun Wochen ein Angebot stattfinden solle, sei mit Kosten von 5.000 Euro zu rechnen.

**Herr Neumann** konkretisiert, dass die Interessensbekundung im besten Fall bis zum 31. Oktober des Vorjahres vorliegen sollte, um noch Rücksprachen nehmen zu können, besonders wenn mehrere Stadtbezirke ihr Interesse bekunden.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** dankt für die Informationen und schließt den Tagesordnungspunkt.

### 3 Bericht aus dem WHO-Projekt „Gesunde Städte“

**Frau Dr. Trautmann** schickt ihrer Berichterstattung voraus, dass das Amt für Gesundheit und Prävention wegen der Corona-Pandemie massiv gefordert und beschäftigt sei, sodass verschiedene Maßnahmen, die für dieses oder auch für das letzte Jahr geplant gewesen seien, pausiert werden mussten. Nichtsdestotrotz haben sich auch neue Maßnahmen ergeben bzw. seien für den Jahresverlauf geplant.

Sie geht im Anschluss auf Projekte und Maßnahmen ein, an denen das WHO-Projekt beteiligt sei. (Anlage zur Niederschrift)

Zur Rückfrage von **Herrn Bartusch**, inwieweit sich der Gesundheitspfad Trachau auf andere Stadtteile übertragen ließe, **erläutert Frau Dr. Trautmann**, dass dies grundsätzlich möglich sei. Jedoch seien dafür verschiedene Voraussetzungen erforderlich. In der Regel sei es wichtig, vor Ort auf gewisse Strukturen zurückgreifen zu können, z. B. Partner vor Ort, weil die Umsetzung sehr zeitaufwändig sei. Auch gehe es nicht nur um die Einrichtung des Pfades, sondern auch um die langfristige Unterhaltung der Tafeln etc.



Die Erfahrungen der letzten Jahre sollen auch in Handlungsanleitungen festgehalten werden, damit sei auch andere Stadtteile oder Kommunen nutzen können.

**Frau Dr. Sawatzki** dankt, dass unter den Bedingungen der Corona-Pandemie die Aktivitäten dennoch fortgeführt werden.

Zum Projekt „Kita gesund“ merkt sie an, dass die Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung (SLfG) das Thema schon lange Jahre „bediene“ und sehr viele Erfahrungen habe. Sie schlägt die Zusammenarbeit vor, um die Aktivitäten und Kräfte zu bündeln.

Hinsichtlich der Bewerbung Dresdens für die nächste Phase des Gesunde Städte-Projektes äußert sie Zustimmung, dass die WHO eine Expertise zum Umgang mit der Corona-Pandemie verlange. Dies sei eine wichtige Aufgabe.

Weiterer Aussprachebedarf besteht nicht, sodass **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** den Tagesordnungspunkt schließt.

#### **4 Informationen/Sonstiges**

##### Änderungen im Amt für Gesundheit und Prävention

Herr Prof. Kugler stellt fest, dass sich im Gesundheitsamt, welches jetzt Amt für Gesundheit und Prävention heißt, viel getan habe. So habe die Amtsleitung gewechselt.

Er äußert den Wunsch, dass sich der Amtsleiter dem Beirat einmal vorstelle und die Konzepte, die sich hinter der neuen Amtsbezeichnung verbergen, vorstelle.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann nimmt den Wunsch auf.

##### Durchführung von Online-Sitzungen

**Herr Lemke** äußert seine Freude, dass der Beirat nun nach längerer Unterbrechung wieder zusammengekommen sei. Gleichzeitig bedauert, dass es nicht möglich gewesen sei, solche Sitzungen online stattfinden zu können. Er fragt, ob es künftig möglich wäre, solche Sitzungen online durchzuführen.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** weist darauf hin, dass die Entscheidung beim Freistaat Sachsen liege. Dieser habe entschieden, dass Sitzungen ausschließlich online stattfinden dürfen, wenn Hygiene, Abstände und Belüftung nicht einhaltbar seien. Dies seien „hohe Hürden“ für die Kommunen.

Die Stadtspitze habe entschieden, zwei „Piloten zu starten“. Das seien der Beirat für Menschen mit Behinderten sowie der Seniorenbeirat. Beide haben bereits als Hybridsitzung getagt, also sowohl in Präsenz also auch online. Diese Piloten würden weitergenutzt, um daraus zu lernen.

Sie könne nicht ausschließen, dass in Zukunft Sitzungen auch online abgehalten würden. Indes sei es Ziel, wieder zur Normalität zurückzukommen, die Inzidenzen zu reduzieren und mit Corona zu leben.

Beiräte und Fachausschüsse seien dann ausgefallen, wenn keine Beschlussvorlagen oder -anträge vorgelegen haben, die zum einen die eine zeitliche Dringlichkeit statuiert haben bzw. so wichtig für die Pandemie oder das fachliche Geschehen gewesen seien, dass sie nicht aufgeschoben werden konnten. Da der Beirat Gesunde Städte beratend und informativ tätig sei und selten mit Beschlussvorlagen und -anträgen arbeite, habe man sich ein halbes Jahr nicht sehen können.

**Herr Lemke** fragt nach, ob bei den Beiratsmitgliedern Interesse bestehe, sich online auszutauschen.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** verweist auf ihre vorherigen Ausführungen. Es gebe Regularien, wie die Sächsische Gemeindeordnung, die zu beachten seien. Insofern bestehe keine freie Wahl. Es stehe den Beiratsmitgliedern frei, sich privat online zusammenzuschalten. Es könne aber nicht rechtlich abgesichert werden, zu einer Beiratssitzung online zu laden.

Zum Einwand von **Frau Hartl**, dass der Leipziger Stadtrat online getagt habe, berichtet **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann**, dass das nach ihrer Kenntnis einmal gewesen sei. Leipzig habe sich damit über die Bestimmungen des Freistaats hinweggesetzt. Auch habe die Onlinesitzung nicht einwandfrei funktioniert. Sie weist auf die möglichen Folgen von Abstimmungen hin. Herr Oberbürgermeister Hilbert drängt sehr wohl für die Möglichkeit. Der Freistaat ringe um Lösungen. Momentan gebe es noch nicht das überzeugende Medium für Online-Sitzungen, wo Datenschutz, Abstimmungssicherheit etc. gewährleistet seien.

#### Verbesserung der Schul- und Kantinenversorgung

**Herr Lemke** fragt den Beirat, ob sich dieser dem Thema Verbesserung der Schul- und Kantinenversorgung annehmen wolle. Er regt an, im Rahmen der Sitzung am 13. Dezember 2021 einen Workshop durchzuführen. Es solle um die Qualität des Essens aktuell und künftige Anforderungen gehen.

**Herr Rehse** berichtet aus seiner persönlichen Erfahrung, dass dies ein sehr heikles Thema sei. In der Kindertageseinrichtung (Kita) und der Schule seiner Kinder habe das für ständige Diskussionen gesorgt. Die Einen seien unzufrieden mit der Qualität und die Anderen unzufrieden mit dem Preis gewesen. Das habe man nie in Übereinstimmung gebracht. Er fragt nach dem Ziel des Workshops.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** macht darauf aufmerksam, dass die Kitas und Schulen die Souveränität haben, entsprechende Essenanbieter zu wählen. Dass eine gesunde Ernährung preisintensiver sei und dennoch wichtig für die Kinder sei, sei allgemein bekannt. Insofern wäre ein akademischer Diskurs sicherlich fruchtbar. Dennoch sei die Frage, wie man praktisch weiterkomme, ohne dass man scheitern müsse, weil sich die Stadt in dieses Thema nicht einmische.

**Herr Klaudius** unterstützt das. Eine Möglichkeit wäre eine Beschilderung des Essens an der Ausgabe mit der sogenannten Lebensmittelampel. Bisher sei sie freiwillig.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** betont, dass die Landeshauptstadt Dresden hier keine Handhabe habe.

**Frau Hartl** stimmt dem zu. Sie sei „kein großer Fan von Arbeit für die Ablage“. Letztlich würde ein erarbeitetes Papier liegenbleiben. Das Thema sei wichtig, jedoch sei es der falsche Ort.

**Herrn Lemke** sei die beratende Funktion bewusst. Ihm liege daran, Akteure zu überzeugen, dass Qualität ihren Preis habe. Er wolle vermitteln, dass man um die Qualität besorgt sei. Ziel sei es, dass der Qualitätsanspruch höher gewichtet werde.

**Frau Dr. Trautmann** führt aus, dass das Thema nicht neu sei. Bei der SLaG gebe es schon seit vielen Jahren ein Projekt zur Essensversorgung in Schulen und Kitas und deren Verbesserung. Diese arbeite mit den Schulen und Kitas zusammen und können deutlich mehr erreichen. Auch der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen habe dieses Thema im Fokus und bilde Mitarbeiter zu einer kindgerechten gesunden Ernährung fort, um das Wissen an die Kinder weiterzugeben.

**Herr Prof. Kugler** bestätigt die Aussage von Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann. Aus seiner zwanzigjährigen Erfahrungen wisse er, dass das Thema wichtig sei, aber das Sächsische Bildungsgesetz sage, Schule seien Bildungsort und keine Gesundheitsförderungsorte. Gesundheit sei nicht Ziel der sächsischen Schulen, sondern was Partner vereinbaren. Das könne man als Projekt machen. Der Schulträger habe nicht die Aufgabe, für gesundes Essen zu sorgen. Das Essen in der Schule sei das Eine. Der Forschungsverbund Public Health habe vor einigen Jahren Erhebungen gemacht, wonach sehr viele Schüler ohne Frühstück zur Schule kommen und dann mit Heißhunger in den Pausen die ungesunden Snacks und Softdrinks, die vielerorts in den Schulen verkauft werden, konsumieren. Aus leidvoller Erfahrung wisse er, dass das Thema erkannt sei, es aber an Lösungen mangle. Die Zuständigkeit für dieses komplexe Thema sieht er beim Sächsischen Sozial – und Kultusministerium, jedoch nicht bei diesem Beirat.

**Frau Stadträtin Bischoffberger** findet das Projekt sehr unterstützenswert. Genauso sieht sie die Schwierigkeit bei der Umsetzung. Sie fragt, ob ein Beschluss des Beirates das Thema voranbringen könnte.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** verneint das. Sie zeigt die Möglichkeit auf, dass Beiratsmitglieder eigene Projekte auf den Weg bringen und zu proaktiven Gestaltern und Impulsgebern werden. Man nähere sich hier einem Terrain, welches nicht durch die öffentliche Hand zentral regulierbar sei. Insofern sei die Bearbeitung durch die Verwaltung nicht zielführend.

**Herr Lemke** dankt für den Hinweis. Er ist der Auffassung, eine Beschlussfassung habe symbolischen Charakter. Die Beteiligten seien auch in ihrem Stadtteil aktiv und könnten möglicherweise über diesen Weg das Thema weiterbringen.

Zu konkreten Überlegungen der Vorbereitung einer Beschlussfassung von Herrn Lemke macht **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** darauf aufmerksam, dass der Beirat beratende Funktion und kein Selbstbefassungsrecht habe. Daher seien Formalia einzuhalten. Insofern sei eine Befassung und ein Votum des Beirates nur über einen Antrag der Fraktion, die Herr Lemke entsandt habe, möglich. Der Beirat könne Themen erörtern, aber nicht per se Verwaltungshandeln beauftragen.

Wenn ein Antrag vorliege, bestehe die Möglichkeit externe Experten in das Gremium einzuladen und zu hören.

Weitere zu beratende Themen liegen nicht vor. **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** schließt die Beiratssitzung.

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann  
Vorsitzende

Manuela Richter  
Schriftführerin

Dr. Freya Trautmann  
Mitglied

Korvin Lemke  
Mitglied